

Gute Arbeit – DGB-Schwerpunkt 2011

Lackmustest für von der Leyen

„Wir sagen dem Missbrauch der Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und dem Ausbau des Niedriglohnssektors den Kampf an“, beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zentrale Ziele des DGB im Jahr 2011. DGB und Gewerkschaften werden die Forderungen nach Guter Arbeit, starken öffentlichen Leistungen, einem guten Auskommen im Alter, einem solidarischen Gesundheitssystem sowie qualifizierter Bildung und Ausbildung breit diskutieren und Lösungen von den Parteien einfordern. Entsprechend mischen sich die Gewerkschaften im Superwahljahr in die Wahlkämpfe ein. „Mit unseren Themen – parteipolitisch unabhängig aber nicht inhaltlich neutral“, betont Sommer.

Für den 24. Februar schlägt der DGB einen bundesweiten Aktionstag in Betrieben und Verwaltungen vor. Das Motto: „Gegen Lohndumping – für sichere und faire Arbeit“. Darüber wird der DGB-Bundesvorstand auf seiner Klausur am 18./19. Januar beraten. Deutschland brauche keinen Discount-Ar-

Faire Löhne, Gute Arbeit, soziale Sicherheit fordert der DGB mit seinem diesjährigen Mai-Motto: „Das ist das Mindeste!“, macht auch das 1.-Mai-Plakat klar. Die zentrale Maikundgebung findet 2011 in Kassel statt.

beitsmarkt, sondern Gute Arbeit mit fairer Bezahlung und einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, so Sommer. Die Gewerkschaften würden nicht eher ruhen, bis das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz fest verankert sei. „Ergänzend dazu muss die Leiharbeitsbranche ins Entsendegesetz aufgenommen und der Leiharbeitsmindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden.“ Diese Themen seien gleichzeitig ein wichtiger Lackmustest



für die Durchsetzungsfähigkeit der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in der schwarz-gelben Koalition.

Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise fordert Sommer die Bundesregierung auf, den Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Richtige Ansätze und Beschlüsse der G20 seien leider bisher nur Lippenbekenntnisse. Gleiches gelte für die Krise des Euro. Den Spekulanten das Handwerk zu legen, sei dringend geboten, fordert Sommer. In Sachen Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften sieht der DGB-Vorsitzende einen erfreulichen Trend. Trotz Krise und demografischer Entwicklung sei es gelungen, die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften bei 6,2 Millionen zu konsolidieren und zu stabilisieren. ●

plusminusBERLIN

+ Bärbel Bas (SPD) ist die Ankündigungen der Bundesregierung leid, für mehr Hygiene in Krankenhäusern sorgen zu wollen. „Was fehlt, ist Hygienefachpersonal, das diese Empfehlungen umsetzt“, so Bas. Schwarz-Gelb müsse schlicht dafür sorgen, dass Krankenhäuser mehr Personal einstellen.

- Erwin Lotter (FDP) findet, dass sich ArbeitnehmerInnen zu häufig krank schreiben lassen. „Tricksereien bei Krankschreibungen darf es nicht geben.“ Seiner Meinung nach sei es sinnvoll, über die Wiedereinführung von Karenztagen ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nachzudenken.

inhalt

Seite 3

Junge Generation

Mit einer gemeinsamen Jugend-Initiative von DGB und Gewerkschaften will die Gewerkschaftsjugend in 2011 Impulse setzen

Seite 5

Mitbestimmen

Die Sozialwahlen stehen an. Millionen Versicherte wählen ihre VertreterInnen in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen

Seite 7

Schnüffel-Erklärung

Gesine Schwan beschreibt, warum die Anti-Extremismus-Erklärung von Familienministerin Schröder kontraproduktiv ist



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://survey.ituc-csi.org>
IGB: Jährlicher Bericht über Verletzungen von Gewerkschaftsrechten weltweit

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Analyse: Fachkräftemangel in der Pflege hausgemacht

Europäische Betriebsräte

Mehr Rechte und Beteiligung

Europäische Betriebsräte (EBR) müssen künftig rechtzeitig und umfassend vor einer endgültigen Entscheidung der Unternehmensleitung unterrichtet und angehört werden. Diese und weitere Änderungen des Europäischen-Betriebsräte-Gesetzes (EBRG) hat das Bundeskabinett am 15. Dezember 2010 beschlossen. Der Entwurf für ein neues EBRG setzt die am 6. Juni 2009 in Kraft getretene EBR-Richtlinie der EU in nationales Recht um.

Aus Sicht des DGB ist er ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem geltenden Gesetz von 1996. „Er setzt nicht nur weitgehend die neue EBR-Richtlinie um, in einigen Punkten – etwa beim Schulungsanspruch – präzisiert er sogar deren Mindestanforderungen“, wertet Ralf-Peter Hayen,

Referatsleiter Recht beim DGB-Bundesvorstand. „Die neuen Regelungen werden die Arbeit der EBR erleichtern, vor allem durch einen verbesserten Unterrichts- und Anhörungsprozess sowie den gesetzlich verbrieften Schulungsanspruch, der sowohl die Freistellung als auch die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber beinhaltet“, fasst Hayen zusammen.

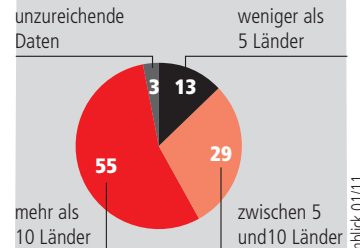
Positiv werten die Gewerkschaften auch, dass bis auf gesetzlich geregelte Ausnahmen für die meisten EBR mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen verbesserten Definitionen und Rechte unmittelbar Anwendung finden, auch wenn bestehende EBR-Vereinbarungen ungünstigere oder keine Regelungen enthalten. Ohne Ausnahme ermöglicht die Novelle die

Neuverhandlung aller bestehenden Vereinbarungen, wenn wesentliche Strukturänderungen – wie ein Zusammenschluss oder eine Spaltung des Unternehmens – geplant sind. Auch Verlagerungen in andere EU-Länder oder Drittstaaten und Stilllegungen fallen unter die grenzüberschreitende EBR-Zuständigkeit und sind zudem von der Anpassungsklausel erfasst.

Nachbesserungsbedarf sieht der DGB vor allem bei den Sanktionen, wenn Arbeitgeber gegen das EBRG verstoßen. „Die Bußgeldobergrenze von 15 000 Euro ist lächerlich. Das zahlen multinational operierende Konzerne aus der Portokasse“, so Hayen. Er warnt: „Die Wirksamkeit dieses Gesetzes steht und fällt mit der Ahndung von Pflichtverstößen durch abschreckende Sanktionen, wie es das EU-Gemeinschaftsrecht vorsieht.“ Bundesrat, Bundestag und Ausschüsse haben bis 5. Juni 2011 Zeit, um das

Arbeitnehmervertretung über Grenzen

Internationalisierungsgrad der Eurobetriebsräte (EBR) – gemessen an der Zahl der Länder im europäischen Wirtschaftsraum, in denen die Unternehmen mit EBR eine Niederlassung haben (in Prozent)



Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI), EBR Datenbank, 10/2010

© DGB einblick 01/11

Die Zahl der Euro-Betriebsräte steigt stetig. Im Herbst 2010 gab es europaweit bereits 969, so das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI.

Gesetz zu beraten und rechtzeitig zu verabschieden. ●

Materialien und Links zum EBRG-Entwurf: www.dgb.de/lqgl
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Pflege

Zweite Kopfpauschale

Der seit 2006 bestehende „Beirat zur Überprüfung des Pflegeberufsbegriffs“ hat seinen aktuellen Bericht vorgelegt. Darin empfehlen die Pflege-ExpertInnen dem Bundesgesundheitsministerium, Demenzzranke in die Pflegeversicherung einzubeziehen – eine Verbesserung, die der DGB bereits

bei der Pflegereform 2008 eingefordert hatte.

Die zusätzlichen Leistungen erfordern kurzfristig weitere 3,6 Milliarden Euro in der Pflegeversicherung: Ein Mehrbedarf, für den das Bundesgesundheitsministerium (BMG) nach Meinung des DGB noch kein ausreichendes Konzept hat. Weder die von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) geplante private Pflegezusatzversicherung noch die vom BMG prognostizierte Beitragserhöhung

von 1,95 auf 2,1 Prozentpunkte in 2014 reichen für diesen Bedarf aus. Ohne vernünftige Gegenfinanzierung müsse der Beitragssatz bereits kurzfristig auf 2,45 Prozentpunkte steigen, so eine Berechnung des DGB. Die private Zusatzversicherung lehnt der Gewerkschaftsbund außerdem als „weitere Kopfpauschale“ kategorisch ab.

Der DGB schlägt statt dessen eine integrierte Pflegeversicherung vor, bei der die Private Pflegeversicherung in einem ersten Schritt in

den Finanzausgleich einbezogen wird. Kombiniert mit einem angemessenen Steuerzuschuss würden damit bessere Leistungen ohne jegliche Beitragserhöhung möglich sein. ●

Ausbildungsvergütungen

Mageres Plus

Die Vergütungen für Auszubildende sind 2010 im Vergleich zum Vorjahr um nur 1,8 Prozent (2009: 3,7 Prozent) gestiegen: um 2,9 in Ost- und 1,3 Prozent in Westdeutschland. Das zeigt die jüngste Auswertung der tariflichen Auszubildendenvergütungen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Durchschnittlich bekamen Auszubildende im Westen 688 Euro, im Osten 612 Euro. Die Bandbreite der Azubi-Vergütungen reicht von Binnenschiffen mit 978 Euro (Ost und West) bis zum Friseurhandwerk mit 269 Euro in Ostdeutschland. Die Durchschnittsvergütung im öffentlichen Dienst liegt bei 750 Euro. ●

Bundesverfassungsgericht

OT-Unternehmen muss nachzahlen

Immer mehr Arbeitgeberverbände bieten Unternehmen eine OT-Mitgliedschaft an – eine Mitgliedschaft „ohne Tarifbindung“. OT-Unternehmen profitieren dann zwar von den Services des Arbeitgeberverbands, verpflichten sich aber nicht, die vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge anzuwenden.

Solche OT-Mitgliedschaften hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) 2006 zwar grundsätzlich für zulässig erklärt – trotzdem muss jetzt ein Maschinenbauunternehmen mit OT-Mitgliedschaft Tariflohn an einen Arbeitnehmer nachzahlen: Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember ein entsprechendes

Urteil des BAG bestätigt. Der Fall: Der Kläger, IG Metall-Mitglied, forderte von seinem Arbeitgeber trotz dessen OT-Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband die Auszahlung der Lohndifferenz zum höheren Tariflohn. Das BAG entschied, dass die Satzung des Arbeitgeberverbands nicht eindeutig genug zwischen tarifgebundenen Mitgliedern und OT-Mitgliedern unterscheidet. Deshalb muss das Unternehmen den Tariflohn nachzahlen. ●

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaftliche Jugend-Initiative

Eine Plattform für die junge Generation

Junge Menschen sind von der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt besonders betroffen. Mit einer gemeinsamen Jugend-Initiative von DGB und Gewerkschaften, die im Februar startet, will die Gewerkschaftsjugend Impulse setzen, damit die Interessen der jungen Generation in den Fokus der Politik rücken.

2011 steht für die Gewerkschaftsjugend ganz im Zeichen der Beteiligung und Aktivierung junger Menschen. „Wir wollen uns mit der Lebensrealität und den Vorstellungen der jungen Generation auseinandersetzen und wollen die Jugendlichen aktiv persönlich einbinden und sie organisieren“, beschreibt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die Ziele der gemeinsamen Jugendinitiative aller DGB-Gewerkschaften. Ihr Motto: „Wie willst du leben?“

Die Voraussetzungen für eine Jugendoffensive der Gewerkschaften sind gut: Mehr als 60 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren finden Gewerkschaften und Betriebsräte wichtiger denn je. Gleichzeitig steigt

reitschaft. Der überwiegende Teil der Jugendlichen ist bereit, sich politisch zu engagieren. Allein eine viertel Million SchülerInnen und Studierende beteiligten sich am Bildungsstreik 2010. 60 Prozent der jungen Menschen sind bereit, für ihre Interessen gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen und an Protestaktionen teilzunehmen. „Das ist ein enormes politisches Potenzial“, so Rudolf. Dieses Potenzial will die Gewerkschaftsjugend ansprechen und aktivieren. „Unser Ziel ist es, der jungen Generation eine Plattform zu geben. Ihre Meinungen, Zufriedenheiten, Ängste und Utopien zu sammeln und in den Fokus zu rücken. Und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln und stark zu machen.“



Clips oder diversen Guerilla-Kommunikations-Taktiken – wir werden präsent sein in 2011.“ SchülerInnen, die im Rahmen der Jugendinitiative aktiv werden wollen, werden im Rahmen eines „Aktionsfonds“ mit Aktionsmaterialien unterstützt. Die besten drei Aktionen werden prämiert.

Flankiert werden die Aktivitäten im Rahmen der Jugendinitiative von laufenden Kampagnen der Gewerkschaftsjugend wie etwa der zum Erhalt des Jugendarbeitsschutzes: „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“. Im Frühsommer wird die DGB-Jugend zudem eine eigene repräsentative

Studie zur Generation Praktikum vorlegen. Im September zeigt sie erneut mit der Veröffentlichung ihres Ausbildungsreports, wie es um die Qualität der Ausbildung in den verschiedenen Branchen bestellt ist und wie „ausbildungsfähig“ die Unternehmen in Deutschland eigentlich sind. Einen Schwerpunkt der Aktivitäten bilden die Landtagswahlen in sieben Bundesländern. Diese Anlässe will die Gewerkschaftsjugend nutzen und mit vielfältigen Aktionen die Themen der jungen Generation – Arbeit, Bildung und Freiheit – in den Fokus rücken. „Die Jugend ist es leid, dass permanent über ihren Kopf hinweg entschieden wird. Und dass ihre Zukunftschancen seit Jahren mehr und mehr beschränkt werden. Dieses Jahr wird zeigen, dass man mit uns rechnen muss. Unser Statement für 2011 – Wir bringen eine Generation in Bewegung“, so Rudolf. ●

„Wie willst du leben?“

PHASE 1: Befragung und Aktion

Im Februar startet die Befragungsphase. Die DGB-Jugend will die junge Generation zu den großen Themen Arbeit, Bildung und Freiheit befragen und herausfinden, welche beruflichen Ziele sie hat und wie sie sich das gesellschaftliche Zusammenleben in der Zukunft vorstellt. Um möglichst viele junge Menschen zu erreichen, soll die Befragung an verschiedenen Orten und auf allen Kommunikationskanälen stattfinden: in Berufsschulen, Unis und Fußgängerzonen, online oder bei Veranstaltungen. Flankiert wird die Befragung mit Aktionen vor Ort.

PHASE 2: Umsetzung und Aktion

Ab Mitte 2011 startet ein gewerkschaftsübergreifender Diskussions- und Aktionsprozess. Auf Grundlage der Ergebnisse der Befragung soll in den Dialogwerkstätten der Gewerkschaftsjugend vor Ort, in den Betrieben und an den Unis die Debatte um die Zukunftsthemen fortgeführt werden. Die DGB-Jugend verspricht sich davon, Themen besser setzen und das richtige Format für jede Zielgruppe besser einschätzen zu können.

www.wie-willst-du-leben.de



ihre Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem und den politischen Entscheidungsträgern. Das ist nicht verwunderlich – schließlich werden die Berufsbiografien von jungen Menschen immer prekärer. Ein großer Teil der Schulabgänger findet immer noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Junge Menschen arbeiten überdurchschnittlich oft in unsicheren Verhältnissen – in Leiharbeit, Schein-Selbstständigkeit oder unfreiwilliger Teilzeit. Sie arbeiten zu nicht existenzsichernden Niedriglöhnen, werden in langen Praktikaphasen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt.

„Junge Beschäftigte sind die unfreiwilligen Vorreiter einer immer flexibler werdenden Berufswelt“, fasst Rudolf zusammen. Gleichzeitig steigt aber auch ihre Protestbe-

Aus Sicht der Gewerkschaftsjugend geht es vor allem darum, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen, eine qualitativ gute Ausbildung zu gewährleisten, den Jugendarbeitsschutz zu sichern, unbezahlte Scheinpraktika zu unterbinden und die weitere Prekarisierung der Arbeit durch unsichere Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu verhindern.

Die Initiative startet im Februar mit einer groß angelegten Befragungsaktion. Die DGB-Jugend will Jugendliche aus allen Teilen der Gesellschaft erreichen (siehe Randspalte). „Wir wollen uns außerdem aktiv ins politische und gesellschaftliche Geschehen einbringen“, erklärt Rudolf. „Ob mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Straßenaktionen, Youtube-

Linke Medienakademie

Lernen und vernetzen

Zum achten Mal findet vom 9. bis zum 13. März die Linke Medienakademie (LiMA) in Berlin statt. Unter dem Motto „Grenzenlos“ werden über 100 DozentInnen ihr Wissen weitergeben. Geplant sind rund 200 Workshops und Einzelveranstaltungen – unter anderem Textwerkstätten, Layoutkurse, PR-Workshops, Rhetoriktrainings und politische Diskussionen. Ziel ist es, den TeilnehmerInnen handwerkliches Können zu vermitteln, um eigene Medienprojekte professioneller zu gestalten.

Außerdem auf dem Programm: Zusätzliche „Subkonferenzen“ für Studierende, GewerkschafterInnen



und Web-2.0-Interessierte. Unterstützt wird die Akademie unter anderem von den ver.di-Zeitungen

ver.di publik und *Menschen* sowie der Wochenzeitung *Der Freitag* und der *taz*. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.linke-medienakademie.de

Arbeit und Leben NRW

Prekäres Jobwunder

Immer mehr Beschäftigte spüren die Kehrseite des „Jobwunders“ – Minijobs boomen, die Leiharbeitsbranche floriert und Dumpinglöhne sind für immer mehr Beschäftigte Realität. Diesem Trend will Arbeit

werden. Unter anderem werden die Kabarettisten Wilfried Schmickler, Heinrich Pacht und Fatih Cevikkollu die aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse aufs Korn nehmen. Insgesamt werden vom 4. bis 6. Mai 16 renommierte KünstlerInnen auftreten.

<http://koeln-bonn.dgb.de>

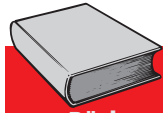
••• Das „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ verleiht in diesem Jahr zum 18. Mal das **Band für Mut und Verständigung**. Die vom **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** unterstützte Aktion richtet sich an Menschen in der Region, die durch „ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Gewalt geschützt haben oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen Verständigung beigetragen haben“, heißt es in der Ausschreibung. Einsendeschluss für Nominierungen ist der 1. März. www.berlin-brandenburg.dgb.de

interregio

••• Der **DGB-Bezirk NRW** lädt am 27. Januar zu einer **energiepolitischen Tagung** nach Düsseldorf ein. Unter dem Motto „Für Wachstum, Klimaschutz und gute Arbeit“ analysieren und diskutieren VertreterInnen aus Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft die Zusammenhänge von Energiepolitik und Klimaschutz. Denn: Nordrhein-Westfalen als Industriestandort ist Lieferant und Großverbraucher zugleich. In drei Fachforen skizzieren ExpertInnen deshalb die notwendigen Wege für die energiepolitische Zukunft von NRW.

www.nrw.dgb.de

••• Die **DGB-Region Köln-Bonn** hat den Kartenvorverkauf für das **Erste Kölner Festival des Politischen Kabarets** gestartet. Ab sofort können Eintrittskarten bei der Volkshochschule Köln oder im Internet unter www.koelner-kabarett-festival.de bestellt



neue Bücher

Für viele Menschen bestimmt die Arbeit den größten Teil des Tagesablaufs – sie ist das **„halbe Leben“**. In ihrem gleichnamigen Buch lassen **Franz Schultheis,**

Berthold Vogel und **Michael Gemperle** Berufstätige zu Wort kommen. So schildern zum Beispiel Buchhändler, Kfz-Mechaniker, Lokführer, Mediengestalter, Polizisten und Reinigungskräfte ihre Erfahrungen aus und mit der Arbeit. Das Buch

bietet ein facettenreiches Abbild der Arbeitswelt von heute. Bei aller Verschiedenheit der Lebensläufe wird deutlich: Arbeitsintensität und Leistungsverdichtung haben stark zugenommen.



Franz Schultheis, Berthold Vogel, Michael Gemperle, Ein halbes Leben, Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2010, 760 Seiten, 39,90 Euro

und Leben NRW am 30. und 31. März auf dem 10. Düsseldorfer Arbeits- und Sozialrechtsforum auf den Grund gehen. Unter dem Motto „Fair statt prekär. Gute Arbeit – Herausforderungen für Interessenvertretungen, Gewerkschaften und Rechtsprechung“ analysieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften die Prekarisierung der Arbeitswelt. Die ReferentInnen berichten aus der Praxis und zeigen Möglichkeiten und Chancen für Tarifpolitik und Mitbestimmung, dem Trend zu begegnen. •

www.aulnrv.de

Mainzer MedienDisput

Von Krisen und Krieg

In Krisen- und Kriegszeiten kommt JournalistInnen eine besondere Rolle zu – sie müssen zwischen wahren Informationen und Kriegs-PR unterscheiden. Sparschwänge, Zeitmangel und der wachsende Einfluss von PR-Strategen erschweren diese Arbeit: Ein Grund, die Krisenberichterstattung unter die Lupe zu nehmen. In Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung laden der MainzerMedienDisput und das Netzwerk Recherche am 25. Januar

zur Diskussion nach Berlin ein. Renommierte ReporterInnen und Wissenschaftler analysieren unter dem Motto „Auslandsberichterstattung im Ausnahmezustand“ die aktuelle Praxis. Neben einer umfassenden Analyse werden Perspektiven und mögliche Lösungswege, wie zum Beispiel verbindliche Richtlinien für die Krisenberichterstattung, diskutiert. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Hans-Böckler-Stiftung

2010 in Zahlen

Was war los auf dem Arbeitsmarkt 2010? Wie hoch war der Zuwachs bei der Leiharbeit? Und: Welche Rolle spielte die Kurzarbeit im vergangenen Jahr? Mit der Datenkarte 2010 gibt die Hans-Böckler-Stiftung Antworten. Alle wichtigen Zahlen, Daten und Fakten für 2010 zum Arbeitsmarkt und zu den Sozialversicherungen stehen auf der Homepage zum kostenlosen Download bereit. Außerdem enthalten: Zahlen zu Arbeitszeiten, Durchschnittsverdiensten, Krankenstand, Organisationsgrad von Gewerkschaften in Europa und Wissenswertes zu den Themen Umwelt und Gesundheit. •

www.boeckler.de/29692.html

GEWERKSCHAFTEN

Sozialwahlen 2011

Superwahljahr für Sozialversicherungen

Millionen Bürgerinnen und Bürger sind 2011 in Deutschland zur Wahl aufgerufen: nicht nur bei Landtagswahlen in sieben Bundesländern – auch bei den Sozialwahlen.

Alle sechs Jahre werden in Deutschland im Rahmen der Sozialwahlen die „Versichertenparlamente“ gewählt: Bei den Trägern der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (Krankenkassen), der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften, Unfallkassen) und der gesetzlichen Rentenversicherung bestimmen Versicherte

und Arbeitgeber ihre VertreterInnen für die Gremien der Selbstverwaltung. Eine Aufgabe mit Verantwortung: Die „SelbstverwalterInnen“ gestalten die Geschäftspolitik der Sozialversicherungsträger mit, sie wählen und kontrollieren die Vorstände und sie entscheiden mit über die Verwendung der Beiträge. Außerdem besetzen sie Gremien wie die Widerspruchsausschüsse der Versicherungsträger. Dort wird Tag für Tag über Widersprüche der Versicherten gegen Bescheide der Versicherungen entschieden – und in der Regel eine Lösung gefunden.

Die erfahrenen ehrenamtlichen Selbstverwalter entscheiden sachkundig und schnell. Die Alternative wären langwierige Sozialgerichtsverfahren.

Auch in diesem Jahr kandidieren Hunderte Ehrenamtliche aus den DGB-Gewerkschaften für die „Versichertenparlamente“. Der DGB begleitet die gesamten Sozialwahlen mit einer Kampagne (www.sozialwahl.dgb.de). Sie zeigt: Wer auf die gewerkschaftlichen KandidatInnen setzt, setzt auf professionelle Interessenvertreter – und auf Solidarität. •

Fragen an



einblick sprach mit DGB-Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach, 55**, über die Sozialwahlen 2011.

■ In den vergangenen Jahren sind die Versicherten in den Sozialversicherungen entweder finanziell stärker

belastet oder durch Leistungskürzungen benachteiligt worden. Erst kürzlich hat sich Schwarz-Gelb mit der Kopfpauschale und dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge aus der solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung verabschiedet – lohnt es sich noch, an den Sozialwahlen teilzunehmen?

■ Auf jeden Fall. Gerade die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Selbstverwaltung bei den Sozialversicherungsträgern stehen ja dafür, dass die Interessen der Versicherten Gehör finden und sozialer Ausgleich und Solidarität nicht völlig aus dem Blick geraten. Mehr noch: Die Vertreter der Versicherten sitzen in den Versichertenparlamenten und gestalten dort ganz konkret die Geschäftspolitik und die Angebote der Versicherungsträger mit.

■ Zum Beispiel? Welchen Einfluss haben die bei den Sozialwahlen gewählten Vertreterinnen und Vertreter etwa bei einer Krankenversicherung?

■ Wesentlich mehr, als vielen Versicherten bewusst ist. Sie bestimmen mit über die Leistungen einer Krankenkasse. Sie sorgen mit für eine sinnvolle Ver-

wendung der Beiträge. Die Selbstverwaltung kann zwar die gesetzlichen Vorgaben nicht ändern, auch wenn wir das als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter oft nur allzu gern täten, aber viele Regelungen in der Sozialpolitik sind recht allgemein formuliert. Das eröffnet oft Gestaltungsspielraum für die Selbstverwaltung. Ein Beispiel: Alle reden davon, dass Prävention und Gesundheitsförderung in der Gesundheitspolitik immer wichtiger werden. Über die Selbstverwaltung der Krankenkassen sorgen wir mit dafür, dass hier endlich mehr passiert und den Versicherten konkrete gesundheitsfördernde Angebote gemacht werden.

■ Warum sind die Kandidatinnen und Kandidaten der DGB-Gewerkschaften die beste Wahl?

■ Weil ein Sitz im Versichertenparlament zwar ein Ehrenamt, aber kein Hobby ist. Hier werden Entscheidungen getroffen, die Millionen Versicherte betreffen – in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, der Rentenversicherung und bei den Berufsgenossenschaften und Unfallkassen. Dafür braucht es gut geschulte Profis, die für ihre ehrenamtliche Arbeit auf ein Netzwerk von Fachleuten mit viel Know-how und Erfahrung zurückgreifen können. Genau diesen Vorteil haben die Vertreterinnen und Vertreter von DGB und Gewerkschaften. Außerdem stehen wir für das Solidarprinzip in der Sozialversicherung. Das heißt, dass wir in den Versichertenparlamenten die Interessen aller Versicherten vertreten – und nicht nur die einzelner Interessengruppen.



Mitbestimmen!

So funktioniert's

Die Sozialwahlen sind frei, gleich und geheim. Doch nicht bei allen Sozialversicherungsträgern finden Wahlen mit einer aktiven Wahlhandlung (Urwahl) statt. Um überflüssige Kosten zu vermeiden, hat der Gesetzgeber die so genannte Friedenswahl vorgesehen: Sind nur so viele KandidatInnen vorgeschlagen wie Mandate zu besetzen sind, gelten diese automatisch als gewählt. In diesem Jahr finden bei der Deutschen Rentenversicherung Bund Urwahlen statt – ebenso bei den bundesweit tätigen gesetzlichen Krankenkassen BARMER GEK, KKH-Allianz, Techniker Krankenkasse, DAK und hkk.

Bei diesen Versicherungsträgern stimmen die Versicherten per Briefwahl ab. Mitte April beginnt der Versand der Wahlunterlagen, spätestens bis zum 30. Mai sollten sie zurück geschickt werden, offizieller Wahltag ist der 1. Juni. Alle weiteren Infos zur Sozialwahl auf der DGB-Kampagnenseite:

www.sozialwahl.dgb.de
Dort gibt es ab Anfang Februar weitere Kampagnenmaterialien: vom Flyer bis zum Plakat.

kurz & bündig



Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern Freikarten für die diesjährige CeBit (1.-5. März) und die Hannover Messe (4.-8. April). Auf beiden Messen ist die IG Metall auch als Aussteller vertreten. Ab Mitte Januar können Mitglieder die Freikarten in ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle erhalten.



Beschäftigte im Außendienst sind für Interessenvertretungen als Zielgruppe oft „schlecht zu erreichen“ – im wörtlichen Sinne: Die IG BCE informiert Betriebsräte deshalb mit dem Ratgeber „Arbeitsplatz Außendienst“ über die speziellen arbeits- und sozialrechtlichen Aspekte von Beschäftigten im Außendienst und unterstützt sie so bei der Ansprache der „mobilen ArbeitnehmerInnen“. www.igbce-shop.de



Die GEW hat in einem offenen Brief an die Mitglieder des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat eine Einigung beim Thema „Sozialarbeiter an Schulen“ gefordert. Der Bund-Länder-Streit müsse beigelegt werden. „Schulsozialarbeit an allen Schulen wäre ein Meilenstein“, so die GEW.



ver.di lehnt die Pläne von Verbraucherschutzministerin Aigner (CSU) ab, verdeckte Ermittler als Testkunden in Banken einzusetzen. Die Regierung müsse die strengen Verkaufsvorgaben der Banken überprüfen und nicht die Kundenberater kriminalisieren.

Leiharbeit

Hilfe bei Forderungen

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden: Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) ist nicht tariffähig (einblick 22/10). Für LeiharbeiterInnen, die unter den Dumping-Tarifverträgen der CGZP gearbeitet haben, bedeutet das laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) „Equal Pay“: Denn fehlt ein Tarifvertrag, erhalten LeiharbeiterInnen dasselbe Gehalt wie Festangestellte in vergleichbaren Tätigkeiten. Die Lohndifferenz können Beschäftigte jetzt einfordern – rückwirkend bis inklusive 2008.

Der DGB hat online alles Wissenswerte zum Thema zusammengetragen: Merkblätter fassen die wichtigsten Infos zusammen, Musterschreiben erleichtern die Gehaltsnachforderung beim Arbeitgeber, Hotlines bieten Beratung. • www.dgb.del-lqGt

EVG

Keine Dividende

Das „Winterchaos“ bei der Deutschen Bahn (DB) hat für eine Debatte darüber gesorgt, ob die DB ihrem Eigentümer – dem Bund – tatsächlich eine Dividende von 500 Millionen Euro auszahlen soll. Mehrere Landesverkehrsminister hatten gefordert, auf die Ausschüttung zu verzichten und den Betrag stattdessen in die Schienen-Infrastruktur zu investieren. Das Bundesfinanzministerium wies die Forderungen zurück.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hält einen Ausschüttungs-Stopp trotzdem für geboten. „Als Sofortmaßnahme muss der Bund auf die geplante Bahn-Dividende verzichten“, sagte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner, der auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der DB AG

2011: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

- 19./20.1. IG BCE, Jahrestagung Aus- und Weiterbildungsausschüsse, Bad Münde
- 20.1. Vorverkauf für Ruhrfestspiele startet
- 21.1. GEW, Follow-up-Kongress zum Templiner Manifest, Berlin
- 20.2. Bürgerschaftswahl Hamburg
- 20.-22.2. IG Metall, Bundesmigrationskonferenz, Sprockhövel
- 24.-26.2. IG Metall, Bundesfrauenkonferenz, Sprockhövel
- 8.3. Internationaler Frauentag, 100. Jubiläum
- 15./16.3. ver.di, Bundeskonferenz ArbeiterInnen, Berlin
- 20.3. Landtagswahl Sachsen-Anhalt
- 21./22.3. IG Metall, Bundesangestelltenkonferenz, Sprockhövel
- 23.-26.3. IG Metall, Bundesjugendkonferenz, Sprockhövel
- 25.3. Equal Pay Day
- 27.3. Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz
- 1./2.4. ver.di, Bundeskonferenz Erwerbslose, Berlin
- 14.4. Girls' Day
- 14./15.4. Otto Brenner Stiftung, 12. Internationale Konferenz, Kattowitz/Polen
- 1.5. **DGB, zentrale 1.-Mai-Kundgebung, Kassel**
- 1.5. Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU gilt auch für Deutschland
- 1.5.-12.6. Ruhrfestspiele, Recklinghausen
- 4./5.5. ver.di, BundesesseniorInnenkonferenz, Berlin
- 6./7.5. ver.di, Bundeskonferenz MigrantInnen, Berlin
- 13.-14.5. ver.di, Bundeskonferenz Selbstständige, Berlin
- 13.-15.5. ver.di, Bundesjugendkonferenz, Berlin
- 13.-15.5. ver.di, Bundesfrauenkonferenz, Fulda
- 16.-19.5. EGB-Kongress, Athen
- 20./21.5. ver.di, Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive, Berlin
- 22.5. Bürgerschaftswahl Bremen
- 1.6. Wahltag der Sozialwahl 2011
- 7./8.6. ver.di, Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam
- 7./8.6. IG Metall, Stahl- und Alu-Konferenz, Berlin
- 1.9. Antikriegstag
- 4.9. Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
- 17.-24.9. **ver.di, 3. Ordentlicher Bundeskongress, Leipzig**
- 18.9. Abgeordnetenhauswahl Berlin
- 7.10. 4. Welttag für menschenwürdige Arbeit
- 9.-15.10. **IG Metall, 22. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Karlsruhe**
- 8.-11.11. IG BCE, Betriebsräte-Jahrestagung
- 15./16.11. DGB, Schöneberger Forum, Berlin
- 21.-23.11. IG BCE, bundesweite JAV-Konferenz
- 24.11. **EVG, kleiner Gewerkschaftstag, Fulda**
- 25./26.11. IG Metall, Bundeshandwerkskonferenz, Frankfurt/M.
- 3.12. IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

ist. Mittel- bis langfristig sind laut EVG pro Jahr außerdem zusätzliche Schienen-Investitionen von mindestens einer Milliarde Euro notwen-

dig. Ein Verzicht auf die Dividende sei der „unkomplizierteste Weg“, Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, erklärte Kirchner. •

Anti-Extremismus-Erklärung

Schnüffelmentalität statt Demokratieförderung

Künftig sollen Initiativen gegen Rechts nur dann staatlich gefördert werden, wenn sie eine Anti-Extremismus-Erklärung unterzeichnen. So wollen es die zuständige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und das Land Sachsen. Prof. Dr. Gesine Schwan erklärt, weshalb diese Forderung eine Kultur des Misstrauens fördert und der Demokratie schadet.

Den sächsischen Demokratiepreisträgern ist jüngst abverlangt worden, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich nicht nur vorbehaltlos zum Grundgesetz bekennen sollten. Das hätte kein Problem dargestellt. Darüber hinaus jedoch forderte das sächsische Innenministerium von ihnen, in eigener Verantwortung über alle zugänglichen Quellen – auch über Berichte des Verfassungsschutzes – sicherzustellen, dass keiner ihrer politischen Mitstreiter als politisch extremistisch einzuschätzen sei. Es sei zu vermeiden, so hieß es, dass auch nur „der Anschein“ der Kooperation mit „Extremisten“ erweckt würde.

Diese Forderung **schadet der Demokratie** aus verschiedenen Gründen. Der Aufruf an alle engagierten BürgerInnen, die demokratische Korrektheit ihrer Mitstreiter anhand aller möglichen Dokumente zu überprüfen, befördert **einen Vorabverdacht und eine Schnüffelmentalität**, die das demokratische Engagement unterminieren. Grundlage und Chance demokratischen Engagements liegen im Vertrauen der Bürger untereinander, nicht im Misstrauen. Natürlich kann Vertrauen missbraucht werden. Dagegen müssen Gerichte und zuständige Behörden auf der Basis rechtlich eindeutiger Vorgaben vorgehen, nicht auf der Grundlage von Vermutungen oder Verfassungsschutzberichten, die in verschiedenen Bundesländern je nach Regierungscouleur verschieden ausfallen. Um der ganz vorrangigen Freiheit der demokratischen politischen Auseinandersetzung willen ist es geboten, mit Argumenten, nicht mit vorbeugenden Verboten gegen politische Positionen anzugehen, die man für schädlich hält. Geradezu fatal ist die Formulierung, dass auch nur der „Anschein“ vermieden werden müsse, mit Extremisten zusammenzuarbeiten. Das eröffnet **politischer Manipulation und willkürlichem Behördenverdacht** Tür und Tor und erstickt die demokratische Auseinandersetzung zugunsten von arroganter obrigkeitstaatlicher Machtausübung.

Im Übrigen verwendet die Forderung einen Begriff von „Extremismus“, der aus einem **ungeklärten Verständnis von „Totalitarismus“** herrührt. In der historischen Erfahrung von Nationalsozialis-

mus und Stalinismus war die aufregende Erkenntnis der so genannten Totalitarismus-Theoretiker, dass völkisch rechte und humanistisch linke politische Ziele, trotz ihrer radikalen inhaltlichen Unterschiede, zu politischen Systemen und Strukturen der Machtausübung geführt haben, die den Menschen auf gleiche Weise ihre Menschen- und Bürgerrechte rauben. Und zwar dann, wenn jeweils eine Partei die absolute Macht in der Gesellschaft ausübt und diese **zugunsten ihres totalen Anspruchs unaufhörlich mobilisiert**. In einem solchen System gelten Anspruch und Realität der uneingeschränkten, insofern „totalitären“ Herrschaft. Zugleich aber hat Hannah Arendt in ihrem Buch „Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft“ den radikalen ethischen Unterschied zwischen völkisch-rechten Positionen unterstrichen, die die gleiche Würde aller Menschen prinzipiell bestreiten, und linken, die sie bejahen, aber im Falle totalitärer Herrschaft faktisch, entgegen den ursprünglichen Absichten negiert haben. Erst dieser fundamentale Unterschied hat der Totalitarismus-Theorie ihre Brisanz verliehen.

Wenn heute in der deutschen Demokratie der Knüppel einer unhistorischen Totalitarismus-Theorie gegen politische Gegner eingesetzt wird, indem zum Beispiel linke „antikapitalistische“ Positionen, die sich auf das im Grundgesetz nicht festgeschriebene Wirtschaftssystem beziehen, unbesehen unter gleichen Extremismus-Verdacht gestellt werden wie rechte, die die gleiche Würde aller Menschen prinzipiell bestreiten, dann ist das **intellektuell unredlich und politisch-taktisch durchsichtig**.

Wie irreführend diese Verwendung des Extremismus-Begriffs ist, kann man u.a. an den neuesten empirischen Befunden zum Rechtsextremismus erkennen, die diese antidemokratische Einstellung soziologisch eben nicht an den „extremen“ Rändern der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte vorgefunden haben.

Der Prüfstein für demokratische Positionen liegt nicht in einem schwammigen Extremismus-Begriff, sondern in der **Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte für alle** und im Kampf gegen deren Unterdrückung, rühre sie aus politischer oder aus ökonomischer Machtkonzentration. ●



Prof. Dr. Gesine Schwan, 67, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance, war Laudatorin bei der Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises am 9. November 2010 in Dresden. Einer der Preisträger, das Pirnaer „Alternative Kultur- und Bildungszentrum gegen Rechtsextremismus“, das sich gegen die Neonazi-Szene in der Sächsischen Schweiz engagiert, nahm den mit 10 000 Euro dotierten Preis aus Protest gegen die dafür notwendige Anti-Extremismus-Erklärung nicht an.

Unter Generalverdacht

Wie in Sachsen soll auch den vom Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ geförderten Projekten ab 2011 ein schriftliches Bekenntnis nicht nur zur „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ abverlangt werden. Darüber hinaus sollen sie „auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen“, dass sich ihre Partner oder Referenten „ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“.

Rund hundert VertreterInnen aus Wissenschaft, Demokratie-Projekten, Kirchen, Gewerkschaften und Politik haben im November in einem „Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang“ Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und das Land Sachsen aufgefordert, auf die Anti-Extremismus-Erklärungen zu verzichten. Der Berliner Verwaltungsrechtler Ulrich Battis hält diese Erklärungen sogar für weitgehend mit dem Grundgesetz unvereinbar.

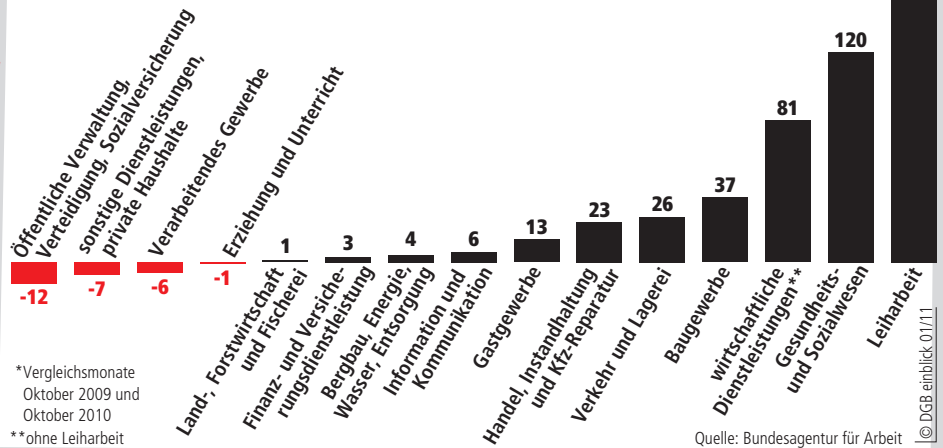
Im Wortlaut: Die Anti-Extremismus-Erklärung und der Aufruf dagegen:

www.einblick.dgb.de/hintergrund

ARBEITSMARKT 2010: Leiharbeit ersetzt reguläre Jobs

„Der Strukturwandel zum Dienstleistungssektor hat sich fortgesetzt“, so die Analyse der Bundesagentur für Arbeit zu den Arbeitsmarktzahlen 2010. Demnach arbeiteten im Juni 2010 fast 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Dienstleistungsbranche, rund 30 Prozent gingen einem Job in der Industrie, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft nach. Einen besonders großen Boom erlebte 2010 die Leiharbeitsbranche. Zum Jahreswechsel gab es bereits fast eine Million LeiharbeiterInnen.

Zu- und Abnahme sozialversicherter Beschäftigung 2010 nach Wirtschaftszweigen im Vergleich zum Vorjahr* (in Tausend)



personalien

••• **Dirk Neumann**, 36, bisher politischer Referent in der Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. Dezember 2010 politischer Referent für Alterssicherung und Rehabilitation sowie Seniorenpolitik in der Abteilung Sozialpolitik. Er folgt damit **Ingo Nürnberg**, 37, der seit 1. September 2010 Leiter der Abteilung Sozialpolitik ist.

••• **Julia Stöcklein**, 29, ist neue Pressesprecherin des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Sie leitet die

Abteilung Grundsatz/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Medienpolitik. Stöcklein war zuvor stellvertretende Pressesprecherin des SPD-Landesverbandes NRW. Sie folgt **Barbara Hemkes**, 47, die in das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW gewechselt ist.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.1. ver.di, Diskussionsreihe sieht weis „Stuttgart 21 –

ein Gewerkschaftsthema“, Berlin
24.1. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“, Kaiserslautern
27.1. DGB, ver.di und Stadt Halle, Konferenz „Kommuni-

nen in der Krise – Gerech geht anders!“, Halle/Saale
27.1. Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts
30.1. DGB u.a., 14. Antifaschistische Sozialkonferenz, Hannover

Tip

Buch: Werner Bachmeier, Udo Achten: Arbeitswelten – Einblicke in einen nichtöffentlichen Raum, Klartext Verlag, Essen 2010, 224 S., 24,95 Euro
„Arbeitswelt Fehlanzeige“ könnte man titeln, wenn man daran denkt, wie selten in den Medien die Wirtschaft aus Sicht der Beschäftigten thematisiert wird. Denn: Die Menschen, die

Produkte herstellen und die Dienstleistungen erbringen, tauchen kaum auf. Dass das anders geht, zeigen Werner Bachmeier und Udo Achten mit ihrem Fotoband „Arbeitswelten – Einblicke in einen nichtöffentlichen Raum“. Mit über 160 Fotos präsentieren sie die Arbeitswelt im digitalen und globalisierten Zeitalter aus Sicht der Beschäftigten.

Schlusspunkt.

„Verkehrsminister Ramsauer verwendet für Laptops den Begriff ‚Klapprechner‘. Ich verwende für Verkehrsminister den Begriff ‚Klappspaten!‘“

Twitter-Eintrag des Users „sechsdreiner“ vom 29. Dezember 2010 zu Meldungen, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) setze sich dafür ein, deutsche statt englische Begriffe zu verwenden.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (55 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent), Timm Steinborn, Journalist, Berlin (10 Prozent).

Elterngeld

Netto vor der Geburt ist maßgebend

Das Elterngeld bemisst sich nach den Einkünften, die der berechnete Elternteil zuletzt, vor der Geburt des Kindes, tatsächlich bezogen hat. Eine spätere Steuerrückerstattung, die zu einem höheren Nettoeinkommen führt, ist bei der Berechnung der Höhe des Elterngeldes nicht zu berücksichtigen.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 21. Oktober 2010 - L 5 EG 41/0**

Dienstwagen

Privatnutzung ist Teil des Lohnes

Räumt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer das Recht ein, den überlassenen Dienstwagen privat zu nutzen, stellt dies einen geldwerten Vorteil und Sachbezug dar. Der Arbeitnehmer kann Nutzungsausfallentschädigung in Höhe der steuerlichen Bewertung der privaten Nutzungsmöglichkeit verlangen, wenn ihm der Arbeitgeber das Fahrzeug vertragswidrig entzieht.

Die Überlassung des Dienstwagens zur privaten Nutzung ist Teil der Arbeitsvergütung. Sie wird also regelmäßig nur so lange geschuldet, wie der Arbeitgeber überhaupt Arbeitsentgelt schuldet. Das ist für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, für die keine Entgeltfortzahlungspflicht mehr besteht, nicht der Fall.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. Dezember 2010 - 9 AZR 631/09**

Gewerkschaftliche Betätigung

Nicht während der Arbeitszeit

Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer ist nicht berechtigt, von der Arbeit fernzubleiben, um an Sitzungen des Ortsvorstandes seiner Gewerkschaft teilzunehmen.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 13. August 2010 - 1 AZR 173/09**

Weihnachtsgeld

Wiederholte Leistung verpflichtet

Leistet ein Arbeitgeber mehrere Jahre lang ein Weihnachtsgeld an einen Arbeitnehmer, ohne bei der Zahlung deutlich eine Bindung für die Zukunft auszuschließen, kann der Arbeitnehmer aus diesem regelmäßigen Verhalten grundsätzlich schließen, der Arbeitgeber wolle sich dauerhaft verpflichten. Eine unklare allgemeine Klausel im Arbeitsvertrag kann das Entstehen eines zukünftigen Rechtsanspruchs nicht hindern.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 8. Dezember 2010 - 10 AZR 671/09**

Hartz IV

Auch für arbeitsuchende Ausländer

Ein französischer Bürger, der sich in Deutschland zum Zweck der Arbeitssuche aufhält, hat auch Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Das ergibt sich aus dem Europäischen Fürsorgeabkommen des Jahres 1953.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 19. Oktober 2010 - B 14 AS 23/10 R**

Hartz IV

Darlehen ist kein Einkommen

Zuwendungen von Dritten sind nicht als Einkommen bedarfsmindernd zu berücksichtigen, wenn es sich um ein Darlehen handelt.

Der Fall: Die Frau erhielt seit März 2006 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; seit März 2007 ist sie in Vollzeit beschäftigt und nicht mehr hilfebedürftig. Im Februar 2007 stellte die ARGE fest, dass dem Konto der Frau im Dezember 2006 ein Betrag in Höhe von 1500 Euro gutgeschrieben worden war. Die Frau machte geltend, dass ihr der gutgeschriebene Betrag von ihrem Onkel als Darlehen gewährt worden sei. Die ARGE hob den Bewilligungsbescheid für den Zeitraum vom Dezember 2006 bis Februar 2007 teilweise in Höhe von 1410 Euro auf und berücksichtigte diesen Betrag ab dem Zuflussmonat als sonstiges Einkommen. Das Arbeitslosengeld II für den restlichen Bewilligungsabschnitt wurde um monatlich 470 Euro gekürzt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Grundsicherungsträger war nicht berechtigt, den Bescheid über die Bewilligung von Arbeitslosengeld II teilweise wegen einer vermeintlich zwischenzeitlich eingetretenen Veränderung der Verhältnisse aufzuheben. Bei der Zuwendung durch den Onkel der Klägerin handelte es sich um ein rückzahlungspflichtiges Darlehen. Die der Frau zugeflossene Darlehenssumme durfte daher bei der Feststellung der Bedürftigkeit nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Ein Darlehen bleibt nicht nur dann unberücksichtigt, wenn ein Dritter nur deshalb - anstelle des Grundsicherungsträgers und unter Vorbehalt des Erstattungsverlangens - vorläufig „eingesprungen“ ist, weil der Grundsicherungsträger nicht rechtzeitig geholfen oder Hilfe abgelehnt hat. Maßgeblich ist vielmehr, ob es sich nach Auswertung aller in Betracht kommenden Umstände um ein rückzahlungspflichtiges Darlehen oder um eine Zuwendung ohne Rückzahlungsverpflichtung handelt.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 19. Oktober 2010 - B 14 AS 23/10 R**

Umgangsrecht

Kosten dafür trägt die ARGE

Kosten des Umgangsrechts sind durch den Grundsicherungsträger in angemessenem Umfang auch für Fahrten in die USA zu übernehmen.

Der Fall: Der Antragsteller, Bezieher von Hartz IV, hat einen 6-jährigen Sohn, der nach der Trennung der Eltern mit der Mutter in den USA lebt. Er begehrt vom Träger der Grundsicherung die vorläufige Übernahme der Kosten für Flug in die USA und Unterkunft dort, um sein Umgangsrecht ausüben zu können.

Das Landessozialgericht: Der Grundsicherungsträger ist zur Übernahme der Kosten für Flug und Unterkunft in Höhe von rund 900 Euro einmal im Quartal verpflichtet. Im Hinblick auf die große Bedeutung des verfassungsrechtlich geschützten Umgangsrechts müssen die Kosten in dem Umfang übernommen werden, den auch ein Erwerbstätiger üblicherweise maximal aufwenden würde. Im Falle des Antragstellers waren dabei die besonders enge Verbindung mit dem Kind, die regelmäßige telefonische Ausübung des Umgangsrechts und die bereits innerhalb Deutschland nach dem ersten Umzug der Mutter nach Berlin häufig zurückgelegten weiten Strecken zu berücksichtigen. Gegenüber den bisher zur Ausübung des Umgangsrechts durch den Sozialhilfeträger übernommen Kosten für Fahrten nach Berlin ergab sich keine wesentliche Kostensteigerung.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 24. November 2010 - L 1 SO 133/10 B ER**